



**Braucht es Mut zu sozialem
Zusammenhalt?**

Zwar sollte die gute Wirtschaftslage optimistisch stimmen, doch die Zukunftsängste sind ziemlich eindringlich

Reinhard Nixdorf (Nm-W)

DIE FRAGE NACH DEM ZUSAMMENHALT DER GESELLSCHAFT BESCHÄFTIGTE
DIE 48. KV-TAGE IN FULDA

Das christliche Menschenbild - ein Auftrag, zu handeln

„Wohlstand für alle!“ lautet das Versprechen unserer sozialen Marktwirtschaft. Tatsache ist: Der Wohlstand in Deutschland ist insgesamt gestiegen. Aber profitieren wirklich alle vom Wirtschaftswachstum? Wenn Reiche immer reicher werden - bleiben die Armen dann arm? Wie steht es um die Chancen des einzelnen auf Bildung, Gesundheit und Aufstieg? Und wie wird sich unsere Gesellschaft weiter entwickeln? Droht uns, angesichts von Globalisierung und Digitalisierung, die gesellschaftliche Spaltung? Und was können Christen in dieser Situation tun?

Wie steht es um Deutschlands gesellschaftlichen Zusammenhalt? Geht ein Riss durch die Gesellschaft? Erst kürzlich, in ihrer Neujahrsansprache, meinte Bundeskanzlerin Angela Merkel, für die einen sei Deutschland ein wirtschaftlich erfolgreiches Land mit weltoffener Gesellschaft, in der sich täglich Millionen Menschen ehrenamtlich engagieren - während „die anderen sagen: Es gibt zu viele Menschen, die an diesem Erfolg nicht teilhaben!“ Ist der vermutete Riss durch die Gesellschaft bloß eine Sache des Blickwinkels? Oder ist es ein sehr

realer Zustand? Dem will unser Verband mit seinem Jahresthema nachgehen. Daher beschäftigte die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt auch die KV-Tage im Januar in Fulda.

Immerhin: Banlieues oder No-go-areas, in denen sich, wie in manchem Nachbarland, soziale Ungleichheit abbildet, gibt es hierzulande nicht. Der deutsche Sozialstaat ist vorbildlich. Saubere Krankenhäuser und eine qualifizierte ärztliche Betreuung stehen jedem Menschen zur Verfügung - unabhängig von seinem finanziellen oder sozialen Background. Dass dies keineswegs normal ist in Europa, weiß jeder, der einmal in England auf eine Operation

gewartet hat. Seit der Finanzkrise wächst die Wirtschaft kontinuierlich, die Arbeitslosigkeit geht zurück. Andererseits gibt es in Deutschland eben nicht mehr die „Fahrstuhlgesellschaft“ der Nachkriegszeit, in der fast jeder nach oben fuhr und es der Mehrheit Jahr für Jahr besser ging. Eher führen viele Wege nach unten und nur mancher Pfad nach oben. Auch das polarisiert.

Die veränderte Parteienlandschaft in Deutschland, die Ausbreitung der Linken in der ganzen Bundesrepublik, das Aufkommen der AfD und damit die Etablierung von zwei neuen, durch Populismus gekennzeichneten Partei- ➤

Elend und Not sind selten sichtbar,
aber viele Menschen sind so arm,
dass sie ihnen gesellschaftliche Teil-
habe verwehrt ist.



Verhungern braucht niemand in Deutschland. Dennoch hat Armut in Deutschland dasselbe Ergebnis wie Armut in unterentwickelten Ländern. Sie drängt die Armen ins soziale Abseits und verhindert, dass sie sich aus dieser Lage befreien können.

» en zeigten deutlich, dass „es in unserer Gesellschaft einiges gibt, was in Unordnung ist, was im Argen liegt,“ sagte Kb Professor Gerhard Vigener in seiner Einführung zu den KV-Tagen. „Seit 73



Aufmerksamer Zuhörer: Kb Prof. Gerhard Vigener

Jahren haben wir Frieden in Europa, wir haben derzeit die geringste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung, wir haben einen Fachkräftemangel, wir haben sehr optimistische Konjunkturaussichten, unserer Gesellschaft müsste es doch gut gehen.“ Aber, zitierte Vigener einige der oft geäußerten Klagen: „Wenn nicht Altersarmut drohte“, „Wenn wir für unsere Spareinlagen endlich wieder Zinsen bekämen“, „Wenn wir nicht unter der Brüsseler Bürokratie litten“ und auch „Wenn da nicht die vielen Flüchtlinge wären“. Hinter all diesen Klagen stehe ein Kern Wahrheit, „der nach differenzierten Problemlösungen ruft, die nicht einfach sind und politisch Kompromisse erfordern. Dieses „es ist kompliziert geworden“ und „wir müssen Kompromisse machen“ hätten die politischen Parteien in den letzten Jahren immer weniger kommunizieren können oder immer

weniger kommuniziert, meinte Vigener. Die Folge: „Menschen fühlen sich von politischen Eliten missachtet, abgehängt, haben Angst vor der Entwicklung der Gesellschaft.“

„Christen können keinen Himmel auf Erden versprechen. Allerdings geben die Zehn Gebote und die Bergpredigt uns auf, gesellschaftliche Missstände aufzuzeigen und uns für die Beseitigung zu engagieren“, sagte Professor Vigener. „Sie machen auch deutlich, dass wir nicht immer nach persönlichen Vorteilen streben sollen, sondern vor allem auch das Wohl der Mitmenschen, deren Würde, deren gleichberechtigten Anspruch auf freie Entfaltung berücksichtigen sollen.“

Von der von Unbehagen, Misstrauen



und Hass geprägten Stimmung in Deutschland mit ihrem schwindenden Vertrauen in Institutionen, die sich um gesellschaftlichen Zusammenhalt bemühen, spannte Peter Müller, bis 2011 saarländischer Ministerpräsident und seither Mitglied des Bundesverfassungsgerichts, in seinem Vortrag den Bogen zum Rückgang und zur Krise der Demokratie: Gerade einmal 45 Prozent der Staaten auf dieser Welt mit vierzig Prozent der Weltbevölkerung würden noch als demokratisch angesehen: Die Folge: „Was für uns selbstverständlich ist - Demokratie, Rechtsstaatlichkeit - wird grundsätzlich in Frage gestellt, und zwar nicht nur irgendwo weit weg, sondern auch vor unserer Haustür.“ - In Europa vertrete etwa der ungarische Ministerpräsident Orban das Konzept der „illiberalen De-



Hartz IV ist nicht an der Armut in Deutschland schuld. Bereits lange vor seiner Einführung wuchs die Armutsrisikogruppe.

Wer nur für den nächsten Tag sorgen kann, hat keine Möglichkeit, seine Potentiale zu entdecken und zu entfalten. Armut ist auch ein Mangel an Verwirklichungschancen.



Peter Müller: „Jeder Mensch hat eine eigene Würde und weil sie von Gott gegeben ist, darf sie von keinem anderen Menschen genommen werden. Das ist der Ausgangspunkt für die Wahrung christlicher Verantwortung. Das hat Konsequenzen. Das fängt an damit, dass Christen auf der Seite des menschlichen Lebens stehen müssen, dass Christen Leben verteidigen, wenn es bedroht ist - übrigens auch ungeborenes Leben. Das hat zur Folge, dass wir nicht schweigen dürfen, wenn Menschen gefoltert und unmenschlicher Behandlung ausgesetzt werden. Dass wir auch bereit sein müssen, Menschen, die wegen ihrer Überzeugung verfolgt werden, Zuflucht zu bieten.“

mokratie“: „Er sagt: ‚Wir müssen die Demokratie aus den Fesseln des Rechtsstaats befreien. Es gibt einen wirklichen Willen des Volkes. Den gilt es mit Mehrheit durchzusetzen‘.“ Folge sei, so Müller, dass kein Raum sei für Minderheitenrechte, Gewaltenteilung oder effiziente Verfassungsgerichtsbarkeit“. Müller folgerte: „Die Verabsolutierung der Mehrheitsregeln - das ist die illiberale Demokratie.“ Und Orban habe Gefolgsleute gefunden, „schauen Sie sich an, was in Polen passiert.“

Wenn das Eis der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit dünner werde, seien gerade die Christen gefordert, sagte Müller. Ausgangspunkt ihres Engagements sei das christliche Menschenbild - „aus dem heraus auch das Grundgesetz geschrieben worden ist:

Ein Menschenbild, das den Menschen als ein in die Gemeinschaft eingebundenes soziales Wesen sieht, das zu eigenverantwortlichem Handeln berufen, nicht unfehlbar und zur Sünde fähig, vor allem aber Träger einer eigenen unantastbaren und unverfügbaren Würde ist. Aus christlicher Sicht gilt: Jeder Mensch hat seine eigene Würde und weil sie von Gott gegeben ist, darf sie ihm von keinem anderen Menschen genommen werden. Das ist der Ausgangspunkt für die Wahrnehmung christlicher Verantwortung.“ Das habe Konsequenzen, etwa „dass Christen auf der Seite des menschlichen Lebens stehen müssen, dass Christen Leben verteidigen, wenn es bedroht ist - übrigens auch ungeborenes Leben. Das hat zur Folge, dass wir nicht schweigen dürfen, wenn Menschen gefoltert und un-

menschlicher Behandlung ausgesetzt werden und bereit sein müssen, Menschen, die wegen ihrer Überzeugung verfolgt werden, Zuflucht zu bieten.“

Zwar sei das Asylrecht, so wie es im Grundgesetz ausgestaltet sei, völkerrechtlich nicht zwingend vorgegeben. Aber verfolgten Menschen Asyl zu gewähren sei aus seiner Sicht eine zwingende Ableitung aus dem christlichen Menschenbild, hob Müller hervor. Wobei die am stärksten weltweit verfolgte Gruppe die Christen seien: Zweihundert Millionen Christen stünden nach Angaben der Nichtregierungsorganisation „Open doors“ derzeit unter Verfolgungsdruck.

„Natürlich müssen wir unterscheiden zwischen denjenigen, die verfolgt >>



Der frühere saarländische Ministerpräsident Peter Müller gehört heute dem Bundesverfassungsgericht an.

werden, die Angst haben müssen vor Folter, die Angst haben müssen um Leib und Leben und denjenigen, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen“, sagte Müller. Das Problem der Armut auf dieser Welt lasse sich nicht durch Migration lösen. Aber für politisch und religiös Verfolgte müsse man Platz haben und dürfe nicht schweigen, wenn ihre Würde verletzt werde: „Wer glaubt, eine ganze Gruppe von Menschen als barbarische, Gruppen vergewaltigende Männerhorde bezeichnen zu dürfen, hat nicht verstanden, was Menschenwürde ist.“

„Christentum ist die beste Immunisierungsstrategie gegen Diktatur, die es gibt“, sagte Müller. Die Vorstellung, dass ein Kollektiv wichtiger sei als der einzelne, sei unvereinbar mit dem christlichen Menschenbild. „Deshalb müssen Christen streiten für liberale Demokratie, für Pluralismus, für Gewaltenteilung, Minderheitenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Chancengerechtigkeit“. Der Einsatz für Chancengleichheit und -gerechtigkeit bedeute insbesondere: „Jeder muss den gleichen Zugang zu Bildung haben. Es kann nicht sein, dass der Geldbeutel der Eltern über die Bildungschancen entscheidet. Es kann auch nicht sein, dass der Geldbeutel darüber entscheidet, ob ich gute oder schlechte Gesundheitsversorgung bekomme. Es kann nicht sein, dass der Geldbeutel darüber entscheidet, ob ich in sicheren oder unsicheren Bereichen lebe. Einen Staat, der die innere Sicherheit nicht mehr durchsetzt, können sich nur Reiche leisten.“

Das Engagement der Christen sei gefordert als wichtiger Beitrag zur Erhaltung und zur Festigung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sei - im Geiste der Subsidiarität und der Solidarität. Wobei Subsidiarität nicht nur Vorrang der kleinen Einheit vor der großen Einheit bedeute, sondern auch „privat vor Staat“. Ehe man nach dem Staat rufe, müsse man sich erst einmal fragen, was man selbst lösen könne, sagte Müller und zitierte John F. Kennedys Satz „Frage nicht was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst!“ Ohne diese Wahrnehmung verantworteter Freiheit lasse sich keine soziale Gerechtigkeit herstellen.

„Markt ist das effizienteste System, wenn es um die Produktion von Gütern geht“, sagte Müller. Aber Markt funktioniere nach dem Gesetz des Stärkeren und brauche daher einen Rahmen. Die Idee der sozialen Marktwirtschaft müsse durch einen ökologischen und internationalen Rahmen ergänzt werden. Natürlich sei dies schwierig, aber leichte Aufgaben könne doch jeder lösen. Die Christen sollten sich ihrer Verantwortung stellen, forderte Müller zum Schluss. Das christliche Menschenbild sei ein Handlungsauftrag für alle, die Erfüllung dieses Handlungsauftrags ein wichtiger Beitrag für die Erhaltung gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Es liegt auf der Hand, dass eine Gesellschaft mit starken Einkommensunterschieden fragiler ist als Gesellschaften, in denen solche Unterschiede geringer ausfallen. Klar ist: Auch im reichen Deutschland leben arme Menschen. Würde man freilich die Definition absoluter Armut, wie sie etwa die Weltbank zugrunde legt, - „arm ist jemand, der weniger als 1,25 Euro oder 1,80 Euro zum Leben hat“ - auf Deutschland anwenden, wäre Armut hierzulande nahezu inexistent, sagte Professor Georg Cremer, bis Juni des vergangenen Jahres Generalsekretär des deutschen Caritasverbands. Grundlegend für die Armutsmessung in Europa sei deshalb die Definition des Rats der Europäischen Gemeinschaften von 1985: „Verarmte Menschen sind Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in den Mitgliedsland,



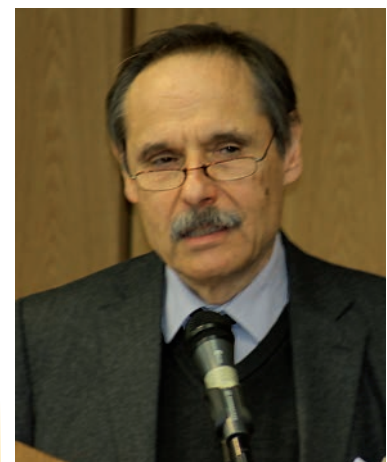
Was Christen herausfordert

Peter Müller: „Ich glaube, dass das Eis der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit dünner ist, als wir alle meinen. Auch und gerade in solch einer Situation sind Christen gefordert. Ausgangspunkt ihres Engagements ist das christliche Menschenbild - aus dem heraus auch das Grundgesetz heraus geschrieben worden ist: Ein Menschenbild, das den Menschen als ein in die Gemeinschaft eingebundenes soziales Wesen - zu eigenverantwortlichem Handeln berufen, nicht unfehlbar, zur Sünde fähig und vor allen Dingen ein Wesen sieht, das Träger einer eigenen unantastbaren und unverfügbaren Würde ist.“

in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“

Das heißt: Armut in Europa ist etwas anderes als Armut in unterentwickelten Ländern. Aber auch wer hierzulande arm ist, steckt im sozialen Abseits, hat keinen ausreichenden Zugang zum Arbeitsmarkt und hat es schwer, aus eigener Kraft aus dem prekären Zustand herauszukommen.

Häufig gebe die öffentlichen Debatte



Der frühere Generalsekretär des Deutschen Caritasverbands, Prof. Georg Cremer.

Hartz IV die Schuld an der Armut. Aber, sagte Professor Cremer: „Der massive Anstieg der Armutsrisikoquote fand vor 2005 statt. Wenn wir also in der Sozialdebatte bestimmte Restbestände der abendländischen Logik beibehalten wollen, dann kann ein Ereignis nicht Dinge erklären, die davor stattfanden.“ Die Armutsrisikoquote stieg schon vor 2005 an: aufgrund der ungleicher werdenden Löhne und der hohen Arbeitslosigkeit. Diese Tendenz zur Ungleichheit der Erwerbseinkommen habe es in den Industriestaaten seit Anfang der neunziger Jahre, vielleicht sogar seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre gegeben.

Allerdings lasse sich ein Teil des Armutproblems auf die noch nicht gelungene Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt zurückführen, meinte Cremer. Nicht alle syrischen Flüchtlinge seien die sprichwörtlichen Ärzte. Es brauche Zeit, bis ein Flüchtling die Sprache des Landes verstehe, das ihn aufgenommen habe. Bis dahin sei er abhängig von Transferleistungen. Es habe wenig Sinn, dies in irgendeiner Weise zu skandalisieren.

„Man muss einfach differenzieren“, sagte Professor Cremer: „Haben wir höhere Empfängerleistungen, weil hier lebende Familien verarmt sind - oder haben wir höhere Empfängerzahlen, weil wir in einer hohen Solidaritätsbereitschaft Menschen aufgenommen haben, die in den ersten Jahren erst einmal von unserem Sozialsystem unterstützt werden müssen?“ Wenn man beides durcheinander wirbele, „kann man wunderbare Partituren auf dem Klavier der Empörung spielen, aber man wird den dahinter liegenden sozialen Problemen nicht gerecht.“

Was die Behauptung populistischer Kreise angehe, die Aufnahme der Flüchtlinge habe die Verarmungstendenzen für die hier lebenden Deutschen gesteigert, sagte Professor Cremer: „Das geben die Statistiken in keiner Weise wider.“ Wolle man nicht das Gefühl des Zerbrechens und des Untergangs weiter treiben, habe es durchaus Sinn, sich bei diesen sozialen Daten möglichst nahe an den Fakten zu orientieren.

Die Armutsrisikostatistik lasse aller-

dings einen engen Zusammenhang zwischen geringer Qualifikation, hohem Arbeitslosigkeitsrisiko, durchbrochenen Berufsbiographien und Armutsrisiko er-



Der Journalist Stefan Locke befasste sich mit dem Zusammenwachsen von Ost und West.

kennen - und zwar während der Erwerbstätigkeit wie im Alter.

Ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko hätten Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und Familien mit drei und mehr Kindern. Ihr Armutsrisiko lasse sich nicht auf kinderreiche Migranten zurückführen: „Paare mit bis zu fünf Kindern verzichten in einer längeren Phase auf potenzielle Erwerbseinkommen, weil beide Elternteile Vollzeitarbeit nicht hinbekommen.“ Der Familienlastenausgleich ändere an diesem Problem nur wenig.

Armuts politik müsse aber mehr sein als eine faire und kluge Ausgestaltung der sozialen Transfersysteme - so unverzichtbar diese auch seien, sagte Professor Cremer und forderte eine Politik der Armutsprävention. Denn: „Der Katalog der Gerechtigkeiten ist ohne Befähigungsgerechtigkeit nicht vollständig.“ Armut sei auch ein Mangel an Verwirklichungschancen. „Was machen wir mit Kindern aus Familien, die die Bedingungen nicht vorfinden, ihre Potenziale entfalten zu können?“ fragte Cremer. Durch bessere Rahmenbedingungen müsse die Chance für Menschen gesteigert werden, ihre Potenziale zu entfalten. Dass Kinder aus bildungsfernen Milieus abgehängt werden und die Schule ohne Abschluss ver-

lassen dürfe das Bildungssystem nicht hinnehmen. Langzeitarbeitslose müssen mehr Chancen bekommen, wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen.

Wahrscheinlich stellen sich Fortschritte auf diesen Gebieten nur langsam ein. Allerdings zeigt sich an dieser Kärnerarbeit wohl auch die Ernsthaftigkeit des Kampfs gegen die Armut.

Von Tagungsteilnehmern wurde Cremer im Anschluss gefragt, was er von einem Grundeinkommen für alle halte. Als erstes stelle sich das Übergangsproblem der Rentenanwartschaften, antwortete Cremer: Die seien einkommensrechtlich geschützt und könnten nicht einfach durch ein Grundeinkommen ersetzt werden. Man könne ein bedingungsloses Grundeinkommen finanzieren, „wenn wir auf den Sozialstaat, wie wir ihn bisher kennen verzichten.“ Aber:



Über christliches Ethos unter den Bedingungen von Globalisierung und Digitalisierung sprach Kb Karl Jüsten.

Mit tausend Euro lasse sich kein Pflegeplatz bezahlen, und mit dieser Summe könne auch kein Behinderter am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Die Hälfte des Sozialstaats dagegen zu belassen „plus ein bedingungsloses Grundeinkommen“ bewirke vor allem exorbitante Kostensteigerungen. Viele von uns hätten auch zu den Bedingungen eines bedingungslosen Grundeinkommen weitergearbeitet, meinte Cremer. Doch frage er sich, wie sich die radikale Entkopplung von Einkommen und Erwerbsarbeit, die ja vielen Anhängern des bedingungslosen Grundeinkommen vorschwebt, auf die Ausbildungsbereitschaft junger Menschen auswirke. Mit ziel- ➤

Am Rande der KV-Tage gab es Gespräche zwischen dem KV, CV und EKV-Präsidium zum Thema der Kooperation der großen Verbände mit dem EKV.



» genaueren Instrumenten könnten die sozialen Probleme besser angegangen werden als mit dem gesellschaftlichen Großversuch eines bedingungslosen Grundeinkommen.

Aber nicht nur der Kampf gegen die Armut stellt sich dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland als Aufgabe, sondern auch das Zusammenwachsen zwischen Ost und West. Dass dieser Prozess längst nicht abgeschlossen ist und noch manches Konfliktpotential birgt, dafür steht derzeit der Freistaat Sachsen, der mit dem Aufkommen von Pegida und seit der letzten Bundestagswahl eher für gesellschaftspolitische Unruhe in Deutschland steht. Die Gründe dafür ließ Stefan Locke, politischer Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) für Sachsen und Thüringen in seinem Vortrag „Deutschland im Wandel - ein Ost-West-Vergleich“ durchblicken.

Zweifelloos sei der rasche Beitritt und damit die Wiedervereinigung ein großes Glück für unser Land, über das zu Recht jedes Jahr am 3. Oktober und auch zu anderen Anlässe gesprochen wird, konzidierte Locke. „Aber auch das ist eben nur die halbe Wahrheit. Denn im Westen war von den Veränderungen, die die Vereinigung mit sich brachte, ja praktisch nichts zu spüren. Im Westen lief das Leben im Grunde weiter wie gewohnt, während im Osten alles auf den Kopf gestellt wurde und sich alles, aber wirklich alles veränderte.“ Vieles davon sei zwangsläufig gewesen, hatte aber auch Konsequenzen, über die sich viele nicht im klaren waren und über die auch nicht gesprochen wurde. „Und dieses Nicht-Wissen steht meines Erachtens heute wie eine unsichtbare Mauer zwischen den Ostdeutschen selber und den Ost und Westdeutschen untereinander.“

1989 und mit der Wiedervereinigung

sei eben nicht nur mit der SED und ihrem verlotterten Staats- und Parteiapparat aufgeräumt worden, vielmehr war es geradezu so, meinte Stefan Locke, „als sei das gesamte Leben der Ostdeutschen bis dahin falsch gewesen und als sei alles von ihrer bisherigen Arbeit bis zum Vereinssport unrechtsstaatlich kontaminiert und damit minderwertig.“

Massiv leide man in Ostdeutschland unter dem Gefühl, nicht genügend wahrgenommen und gehört zu werden (was sich auch in Protestwahlen widerspiegeln) und klage über überbordende Bürokratie. Das Gefühl „von einer fremden Macht regiert, von fremden Institutionen gegängelt zu werden“ finde sich nicht nur bei Bürgern, sondern auch in Institutionen, bei Gewerbetreibenden

und kommunalen Amtsträgern. Dabei ging es doch 1989 auch um eine Befreiung aus der Gängelung. „Und heute sagen Bürgermeister mir: Wir sind im Grunde in alten Zeiten angelangt.“

So ergebe sich das Bild einer bürokratischen festgefahrenen Republik, die in ihrer Starrköpfigkeit manchen schon an die DDR erinnert. „Es gibt Leute die sagen: Brüssel wirkt schon wie Moskau.“, sagte Locke. „Alle Direktiven von dort müssen beachtet werden. Ich weiß natürlich, wie absurd das ist, weil man das Zwangsgebilde des Ostblocks nicht mit demokratischen Institutionen der Europäischen Union gleichsetzen kann, dennoch haben viele das Gefühl, dass sie gegängelt werden und die Dinge nicht mehr in der Hand haben.“ Zudem treffe

Nach jedem Vortrag kam es zu angeregten Diskussionen zwischen den Referenten und ihren Zuhörern.



Als Kartellschwester im EKV nahm EKV-Generalsekretärin Elisabeth Justenhoven an den KV-Tagen teil.

die Globalisierung die neuen Bundesländer weit härter als den Westen und devastiere gerade solche Landstriche, in denen es gerade erst wirtschaftlich zu blühen begann. Die Pläne von Siemens, das Werk in Görlitz zu schließen, seien nur ein Beispiel.

Hatte Peter Müller in seinem Vortrag den Ausgangspunkt für die Wahrnehmung christlicher Verantwortung beschrieben, skizzierte Kb Prälat Dr. Karl Jüsten, (Rh-I, Arm, Wf-K), der Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe - katholisches Büro - in Berlin, zum Schluss der Tagung das Prinzip, nach dem sich der gesellschaftliche Zusammenhalt, im kleinen wie im globalen Rahmen, organisieren soll: nach der Liebe zum Nächsten. „Nicht nur in un-

seren Ich-Du-Beziehungen will sie im Lebensalltag realisiert sein“, sagte Jüsten, sondern unser Leben auf der Mikro-, Meso- und auf der so genannten Makro-Ebene ordnen“, sodass die Nächstenliebe zur Fernsten-Liebe werde: „Derjenige, den ich schon gar nicht mehr kenne, dem ich auch möglicherweise gar nicht mehr begegne, hat dennoch den Anspruch, aus dem Ethos der Liebe heraus behandelt zu werden.“

Zwar sei die Nächstenliebe dem Christentum inhärent und das Christentum ohne Nächstenliebe gar nicht vorstellbar. „Aber das Ethos der Liebe ist so kommunikabel“, sagte Jüsten, „dass auch derjenige, der nicht an Jesus Christus glaubt, ihren Wesensgehalt nachvollziehen kann und ihn möglicherweise auch

lebt“. Oft mache man die Erfahrung, dass das Ethos der Nächstenliebe in der Nachbarschaft besser gelebt werde, als bei Christen selbst: etwa unter Muslims, Hindus, Buddhisten oder Religionslosen. „Deshalb ist für ein Ethos, das Globalisierung und Digitalisierung zusammenführen soll, der Begriff Nächstenliebe gar nicht so verkehrt.“ Papst Franziskus habe daher das Ethos der Liebe auf das Weltgemeinwohl übertragen. Noch einen Schritt weiter gehe Franziskus in der Enzyklika „Laudato Si“: Dort dekliniere er durch, was es bedeute, ein Weltgemeinwohl zu errichten. Dabei kritisiere der Papst auch Fehlformen der globalisierten Welt und weise auf Fehlentwicklungen der westlichen Welt hin. Man könne es als Überspitzung nehmen, wenn der Papst schreibe, „diese Wirtschaft tötet“, aber, meinte Prälat Jüsten „wenn Sie etwa an Produktionsbedingungen in Indien denken, sehen, wie dort Kleidung hergestellt wird und zu welchen Preisen wir unsere Kleidung kaufen, dann merkt man, dass alles mit allem zusammenhängt und die Produktionsverhältnisse in Indien sehr wohl etwas mit unserer Lebenswirklichkeit zu tun haben“. Ähnliches lasse sich auf viele Formen der Wirtschaft herunter brechen: auf die Landwirtschaft, die Ausbeutung der Natur, oder den Gewinn von Bodenschätzen in der einen Welt, die aber exklusiv in den wohlhabenden Ländern verbraucht würden. Der Papst mahne die Christen in den wohlhabenden Ländern, sich den Armen, geknechteten dieser einen Welt so zuzuwenden, „dass sie Teilhabechancen haben an den Gütern dieser Welt“. Christliche Nächstenliebe sei stark genug, um das Humanum in einer globalisierten und digitalisierten Welt zu verorten. „Das ist uns nun wirklich ins Stammbuch geschrieben“, sagte Prälat Jüsten, „dass wir die Nächstenliebe nicht nur in unserer kleinen Welt realisieren, sondern dass sie uns aufgetragen ist für die eine Welt.“ <<